

LEFÖ
Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen
Information, Education and Support for Migrant Women
Kettenbrückengasse 15/II/4
1050 Wien

ZVR-Zahl: 893710788

Tel: +43.1.581 18 81
Fax: +43.1.581 18 81 14
Mail: office@lefoe.at
Web: www.lefoe.at

→ **BERATUNG**
umfassende Beratung für Lateinamerikanerinnen
→ **LERNZENTRUM**
Bildung für Migrantinnen
→ **TAMPEP**
Unterstützung für Migrantinnen in der Sexarbeit
→ **IBF**
Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel
→ **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Informations-, Sensibilisierungs- und Lobbyingarbeit

Solidarität ist eine politische Haltung

30 Jahre LEFÖ: Politische Positionierungen zu Migration und Flucht

Vieles ist passiert in den letzten drei Jahrzehnten. Und Vieles muss dringend besprochen werden. Der Verein LEFÖ veranstaltete zum 30-jährigen Bestehen am 22. Oktober 2015 eine Diskussionsrunde in Wien. Vor dem Hintergrund der eigenen Vereinsgeschichte warf der Abend aktuelle Fragen zu Migrantinnen-, Frauen- bzw. Menschenrechten im Spannungsfeld von Flucht und Migration auf. Summa summarum wurden klare Perspektiven auf eine im Mainstream oft widersprüchlich – und teils menschenverachtend – geführte Debatte eröffnet.

„LEFÖ entstand 1985 in dem Bewusstsein was es bedeutet, exiliert zu sein und als Frau in einer patriarchalen Gesellschaft zu leben“, so Maria Cristina Boidi, Mitbegründerin von LEFÖ. 30 Jahre später stehen wir einer großen Flüchtlingsbewegung gegenüber und müssen mitansehen, wie sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in ihrem politischen Unwillen selbst übertreffen. Seit Monaten kompensiert deshalb die Zivilgesellschaft die Fehlleistungen ihrer Regierungen: „Als neue soziale Akteur*innen schaffen diese Menschen auf Basis ihrer solidarischen Haltung notwendige Unterstützungsstrukturen“, beschrieb Boidi, „und es ist wichtig zu unterstreichen, dass es hier nicht um Barmherzigkeit gehen soll, sondern um Rechte und Gerechtigkeit.“ Um Migration von Frauen als zentrale Frage unserer Gesellschaft bewusst zu machen und Gewalt gegen Migrantinnen als strukturelles Problem aufzuzeigen, organisierten sich Mitte der 80er Jahre lateinamerikanische Migrantinnen in Österreich im Verein LEFÖ. Ziel war es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen neu angekommener Frauen zu verbessern und ihre Partizipation am politischen Diskurs zu ermöglichen. Denn „Solidarität ist eine politische Position.“, so Boidi.

Würdevoller Umgang mit Vertriebenen

Dudu Kücückgöl, Bundesvorständin der Muslimischen Jugend Österreich, betonte insbesondere die Heuchelei der derzeitigen Debatte: „Die Schizophrenien des Flüchtlingsdiskurses sind eklatant. Auf der einen Seite gerieren wir uns als Hüter*innen der Menschenrechte, halten plötzlich Frauenrechte hoch und haben 'Angst' vor Gewalt und vor 'bösen Fremden'. Auf der anderen Seite aber gibt es rassistische Übergriffe, etwa auf Frauen mit Kopftuch oder auf andere als 'nicht-österreichisch' wahrgenommene

Menschen. In Oberösterreich kommt derweil keine einzige Frau in die Landesregierung. Und was die gut behüteten Menschenrechte anbelangt, brauchen wir nur zum Mittelmeer zu schauen.“ Sprache schafft Wirklichkeit, Gedankenwelten beeinflussen Lebenswelten. Die vielzitierte „Angst“ vor den sogenannten Massen, als wären sie eine ungezähmte Naturgewalt unter Generalverdacht, entmenschliche die Fliehenden und spalte die Gesellschaft, so Kücückgöl weiter. Sie plädierte deshalb für einen ehrlichen Blick in den Spiegel, während wir von unserer Selbstherrlichkeit referieren.

Shams Asadi, Menschenrechtsbeauftragte der Stadt Wien, wies mitunter auf die besonderen Erfordernisse der Stadt hin, die sich im Bereich Frauen und Kinder als vulnerable Gruppen ergeben. Als Menschenrechtsstadt müsse Wien auch seiner Verantwortung hinsichtlich der Willkommenskultur gegenüber Newcomern nachkommen. Denn Migration passiere so oder so, ist sich Asadi sicher. Die geflüchteten Mädchen und darauf folgend alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus Traiskirchen aufzunehmen, wären bereits wichtige Schritte. Es müsse darüber hinaus ein besonderes Augenmerk auf psychologisch geschultes Personal bezüglich Trauma gelegt werden und noch viel passieren, um die Beziehung zwischen der länger hier lebenden Bevölkerung und jener hinzuziehenden zu stärken.

Krise des politischen Willens

Als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und langjährige Begleiterin von LEFÖ, kritisierte Ulrike Lunacek den Begriff der „Flüchtlingskrise“ und sprach von einer „Krise der Solidarität“ und einer „Krise des politischen Willens“. Dass es genug Geld gebe, wüssten wir alle, das wahre Problem sei die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, die bereits in der Vergangenheit evident wurde. Lunacek berichtete von Strukturösungen seitens der EU-Kommission, die schon lange zum Aufbau einer angemesseneren Migrations- und Flüchtlingspolitik dienlich gewesen wären. Die Umsetzung aber, so Lunacek, scheiterte an der Zustimmung der Mitgliedsstaaten, inklusive jener Österreichs. Jetzt die EU zur Alleinschuldigen

zu machen, verdrehe die Tatsachen. Lunacek forderte deshalb zu politischem Mut auf, hält eine Abschaffung der Dublin Verordnung für ebenso notwendig, wie die Schaffung sicherer Fluchtwege und Asylantragsmöglichkeiten bei den Botschaften, betrachtet hohe einheitliche Asylstandards für alle Mitgliedsstaaten als Voraussetzung des gemeinsamen Gelingens und die Intensivierung von Integrations- & Inklusionsmaßnahmen als weitere Erfordernis. Schließlich bekräftigte Lunacek die Ansicht Boidis, die Flüchtlingsbewegung als politische Bewegung zu verstehen, die das wirtschaftspolitische Versagen der USA und der EU sichtbar mache.

Zuletzt unterstrich Ruth Schöffl, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit des UNHCR Österreich, die Statements der Vorrednerinnen mit offiziellen Zahlen und machte darauf aufmerksam, dass in drei Nachbarländern Syriens vier Millionen Kriegsflüchtlinge untergebracht wurden, „während das die reichen Länder der Region, etwa Saudi Arabien oder die Emirate - als Verbündete des westlichen Kapitals - nicht tun“, warf Boidi an dieser Stelle ein. Schöffl setzte fort mit den bloß 600.000 Geflohenen, die dieses Jahr in Europa angekommen seien und zeigte auf, dass selbst eine Million Menschen bis Jahresende nur 0,2% der europäischen Bevölkerung ausmache. „Nein, es gibt keine 'Flüchtlingskrise',“ so Schöffl weiter, „sie erscheint aber als solche, weil sie schlecht gemanaged wird. Die mediale Bilderflut macht den Menschen zusätzlich Angst, und diese Angst ist valide.“ Schöffl präsentierte in diesem Kontext eine Studie des UNHCR, darnach vor allem jene Menschen diese „Angst“ verspürten, die nie mit Migrant*innen in Kontakt gekommen wären. Daraus schlussfolgerte sie, dass es Begegnungsräume brauche, damit authentische Erfahrungen irrationale Ängste ersetzen könnten.

„Vertriebene Personen sind exilierte Personen“

Hier hakte Kücükgül ein und erinnerte daran, dass im Sprechen über die Validität dieser vielbeschworenen „Angst“ oft rassistische Grundhaltungen mitschwingen würden: „Was ist mit der Angst der Migrant*innen und 'anders' Wahrgenommenen vor Gewalt? Diese Angst steht nie zur Diskussion, hat keinen Wert. Denn es ist die Angst der 'anderen', der 'Fremden', der gesichtslosen 'Masse'.“ Woraufhin Maria Cristina Boidi, als nach dem Putsch in den 70ern exilierte Argentinierin, einen Bogen spannte und die Realität der heutigen Flüchtlinge mit ihrer eigenen in Verbindung setzte: „Vertriebene Personen sind exilierte Personen. Es ist unsere ethische Pflicht, sie als vollwertige Mitmenschen anzuerkennen. Insbesondere die sensible Situation von Frauen muss stärker fokussiert werden. Uns muss zudem auch klar sein: Der wahre Grund der Ankunft so vieler Schutzsuchender, ist der globale Kapitalismus. Solange wir dieses System nicht ändern, steigt die Zahl der Fliehenden. Auch eine 'Festung Europa' – ob mit

oder ohne Zäunen – wird daran nicht rütteln. Ganz einfach, weil der Wunsch auf ein Leben in Frieden und Würde uns alle eint.“

Die Autorin Elisa Ludwig ist langjährige Mitarbeiterin von LEFÖ-IBF und wirkt zudem als Journalistin, Moderatorin und Vortragende